

"Das deutsch-französische Tandem auf dem Prüfstein" in Le Figaro (1. Dezember 2000)

Legende: Im Vorfeld des Europäischen Rates von Nizza beschreibt die französische Tageszeitung Le Figaro am 1. Dezember 2000 die Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland in der Frage der Stimmengewichtung im Rat.

Quelle: Le Figaro. 01.12.2000, n° 17514. Paris: Le Figaro. "Le couple franco-allemand à l'épreuve", auteur:Barochez, Luc de , p. 4.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/das_deutsch_franzoesische_tandem_auf_dem_prufstein_in_1_e_figaro_1_dezember_2000-de-fd01f8da-45e0-4f2d-9cb5-087419707304.html



Publication date: 05/07/2016

Vor dem Gipfel in Nizza: Polemik zwischen Paris und Berlin über die jeweilige Stimmenzahl im Ministerrat

Das deutsch-französische Tandem auf dem Prüfstein

Luc de BAROCHEZ

Wird die Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland über die europäische Reform auf dem Gipfel der Europäischen Union stattfinden, der nächsten Donnerstag in Nizza beginnt? Die Franzosen weisen dies zurück. „Wie Kanzler Schröder und ich immer wieder sagen, wird diese Frage im entscheidenden Moment kein Problem zwischen Frankreich und Deutschland darstellen“, unterstrich gestern Präsident Jacques Chirac in Lissabon, der neunten Etappe seiner Tournee durch die europäischen Hauptstädte.

Der Knackpunkt ist die Zahl der Stimmen, über die jedes Land bei Abstimmungen im Ministerrat der EU verfügt. Die „Großen“ wie Paris oder Berlin haben mehr Stimmen als die „Kleinen“. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sind seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1957 mit jeweils 10 Stimmen gleichgestellt. Seit der Wiedervereinigung hat Deutschland jedoch mehr als 30 % mehr Einwohner als Frankreich.

Die demographische Logik würde jetzt verlangen, dass Berlin mehr Einfluss ausübt als Paris. Und da auf dem Gipfel in Nizza eben genau über die Stimmengewichtung innerhalb der EU diskutiert werden muss, wäre es für Deutschland verlockend, zu verlangen, dass sein Einfluss auch seinem Gewicht entspricht.

Schwer zu sagen, ob die Franzosen sich durch ständige Wiederholung dieser Aussage selbst überzeugen wollen oder ob die Deutschen ihnen wirklich geheime Zusicherungen gemacht haben. Die Herren Chirac und Schröder haben sich im letzten Monat in Vettel getroffen. Morgen sehen sie sich noch einmal in Hannover.

Die französischen Politiker lehnen es ganz ohne Komplexe ab, dass die Deutschen mehr Stimmen erhalten als die Franzosen. „Ich bin gegen das, was man eine Abkoppelung“ zwischen Berlin und Paris nennt, unterstrich Chirac Mittwoch in Madrid. Der Staatschef nahm die Geschichte zu Hilfe, um sein Festhalten an der deutsch-französischen Parität zu untermauern. „Es gab zahlreiche Kriege mit Deutschland (...) Eines Tages haben zwei Männer, General de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer gesagt: Das ist dumm, das ist absurd. Wir werden die Länder endgültig miteinander versöhnen (...) Sie sagten, dass sie einen Pakt für den Frieden auf Grundlage der Gleichberechtigung schließen würden.“ Die Botschaft an die Deutschen ist klar: Wenn ihr darauf besteht, mehr Stimmen zu haben als die Franzosen, wird der deutsch-französische Motor, der Europa seit fünfzig Jahren antreibt, nicht mehr so gut laufen wie bisher.

Öffentlich unterstrich Gerhard Schröder die Notwendigkeit, die Demographie in den Machtbeziehungen in Europa besser zu berücksichtigen. Er sagte jedoch nichts darüber, ob dies die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland betrifft. Einige seiner Mitarbeiter haben diesen Schritt getan. Auf französischer Seite bezeichnet man diese Vorstöße mit einer gewissen Arroganz als „unverantwortlich“.

Welche Position wird der Bundeskanzler in Nizza schließlich einnehmen? Es ist wahrscheinlich, dass er das gesamte Paket der institutionellen Reform der Union betrachten wird, das heißt also auch die möglichen Gegenleistungen, die er in anderen Fragen erhalten mag.